

# NEOPLEX

Ausgabe 04 / Juni 2009

**03** Risiko bis zu Exzess:  
Ein Gastkommentar

**03** Was ist eigentlich...?  
Der SoFFin

**06** Reiche wollen mehr zahlen

## Eric Hobsbawn: „Es wird Blut fließen, viel Blut“

17.5.2009

Der 15. September 2008, der Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach, wird den Lauf der Geschichte mehr verändern als der 11. September 2001, als die Türme des World Trade Centers zusammenbrachen. (...) Wir kommen wohl noch nicht an den Jüngsten Tag. Aber Teile der Welt können untergehen. (...) 40 Prozent der Weltbevölkerung leben von einem Dollar am Tag. Das ist doch keine Basis für eine stabile Gesellschaftsordnung. (...)

**Haben Sie das Gefühl, die wissen wirklich was sie tun? Stecken da Konzepte, Analysen dahinter?**

(...) Alles ist möglich. Inflation, Deflation, Hyperinflation. Wie reagieren die Menschen, wenn alle Sicherheiten verschwinden, sie aus ihrem Leben hinausgeworfen, ihre Lebensentwürfe brutal zerstört werden? Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, dass wir uns - ich kann das nicht ausschließen - auf eine Tragödie zubewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde - zwischen den USA und China.

**Das ist doch Unsinn.**  
Nein.

**Okay, das ist doch einfach absurd, dieser Gedanke!**

Nein. Im Augenblick, das gebe ich gern zu, erscheint dieses Szenario sehr unwahrscheinlich. Im Augenblick scheinen sich China und die USA zu ergänzen, ja sich sogar zu stützen, sie erscheinen geradezu komplementär. Doch im pazifischen wie im asiatischen Raum wird ihr Konkurrenzkampf immer härter. Es gibt keine Basis für eine dauerhafte Freundschaft

zwischen diesen beiden Großmächten.

**Hören Sie doch bitte auf mit Ihrem Pesimismus!**

Ob es Ihnen passt oder nicht: Es gibt wenig Grund, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken! Im 19. Jahrhundert glaubten die Menschen, es gehe stets aufwärts, vorwärts, man werde zivilisierter, man werde gebildeter. Die Leute lernten lesen, schreiben, sie glaubten, es gehe nicht nur materiell, sondern gleichzeitig auch moralisch voran. Man konnte optimistisch sein.

**Aber dann kam 1914.**

Und da hört das alles auf. Ein schreckliches, ein extremes Zeitalter beginnt: Mehr Menschen als jemals zuvor wurden im 20. Jahrhundert in Kriegen oder auf Weisung und mit staatlicher Erlaubnis ermordet. Die Folter, die im Westen offiziell abgeschafft worden war - ein dramatischer Fortschritt in der Menschheitsgeschichte -, sie kam zurück! Und wurde am Anfang des neuen Jahrtausends durch die USA wieder zu einem staatlichen Mittel der Befragung! Die Barbarei schreitet voran. Anerkannte Werte der Zivilisation werden plötzlich wieder aberkannt.

**So wie Sie reden, kann man nur sagen: Der Mensch ist blöd.**

Sehen Sie, materiell hat sich die Welt für sehr viele Menschen verbessert. Man ist größer, lebt länger, man ist gestünder. Aber geistig, politisch, moralisch - da kommt der Mensch nicht hinterher, vielleicht entwickelt er sich sogar im Augenblick noch weiter zurück. Was sind die Werte des Lebens? Warum leben wir? Wozu?

**Was ist Ihre Antwort?**

Tja, ich könnte nun fragen, warum hält der Mensch an einem System fest, das

regelmäßig die fürchterlichsten Katastrophen produziert? Das die Umwelt ausbeutet und zerstört, den Ast also absägt, auf dem er sitzt? Und jetzt brechen und knacken überall die Äste. (...)Denn nun, wo wir es wirklich brauchten, gibt es kein Gegenprojekt für die Menschheit! Das ist fatal.

**„Unverantwortliche Banker“, sagt die Kanzlerin, „hemmungslose Gier“, erklärt der Bundespräsident, hätten die Grundlagen des Gemeinwesens verzoct. Mich erinnert das an mittelalterliche Deutungsversuche. Gab es früher eine Dürre, hieß es: Wir haben gesündigt, Gott straft uns dafür. Und nun soll wieder eine Todsünde, Gier, schuldig am Schlamassel sein - der strafende Gott ist nun der strafende Markt!** Die Politiker müssen so reden, sie können ja wohl schlecht zugeben, dass nicht der einzelne Mensch, sondern das System an sich falsch ist. Der Markt ist nicht moralisch. Die reine Marktwirtschaft ist auf Habgier aufgebaut - und auf sonst gar nichts, das ist das System.

**Vielleicht ist es einfach so: Der Mensch ist habgierig - fertig, aus, Nikolaus. (...) Und nun rufen selbst die ungestümsten Freunde der Marktwirtschaft nach dem Staat.**

Ja, das ist doch eine nette Ironie der Geschichte.

**Und Sie freuen sich, recht zu haben.**

Ich empfinde eine gewisse Schadenfreude, ja.

(...) **Aber danach sieht es nicht aus: Mit der Abwrackprämie etwa hier in Deutschland wird die Wegwerfgesellschaft sogar noch staatlich subventioniert.**

Die Politiker sind Gefangene des alten Denkens, das ist beängstigend. Womöglich kann sich der Kapitalismus tatsächlich nur durch eine Riesenkatastrophe retten, wie es Schumpeter nennen würde, durch eine „kreative Zerstörung“. Ich möchte das nicht, aber sehen Sie, die Schäden und Zerstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren ein ungeheurer Ansporn zum Aufbau.

**Sie sind ein Apokalyptiker.**

Ich stelle nur fest: Keiner kann wissen, wie wir aus der Krise kommen, denn so etwas wie heute hat es noch nie gegeben. Und noch etwas kommt hinzu: Die Weltwirtschaft schiebt sich vom Westen, ihrem historischen Zentrum, in ein neues Zentrum, nach Asien - ein Vorgang, der schon in normalen Zeiten für unruhige Zustände sorgen würde.

**Was mich beunruhigt: Es herrscht - angesichts der Herausforderungen - eine Dürre des Denkens, eine Art intellektuelle Wortlosigkeit.**

Ja, Sie haben recht. Es fehlen heute Leute und Denker wie Keynes, der in den Dreißigern so weitsichtig war, dass es ihm gelang, den Kapitalismus zu bändigen. Er wollte den Kapitalismus nicht überwinden, er wollte ihn stabilisieren, er wollte ihn retten. Er sagte ganz offen: „Meine Klasse ist das gebildete Bürgertum, und ich möchte eine Welt, in der es Leuten wie mir gut geht. Aber das heißt, es muss den anderen auch gut gehen.“

**Also: Was ist zu tun?**

Ich sehe nur einen Weg aus dem Dilemma, der aber setzt eine fundamentale Bewusstseinsveränderung voraus, er ist ein internationales, ein Riesensystem: die Welt gegen die Umweltgefahr sicherer machen. Das würde helfen, die Wirtschaft anzukurbeln,

aber es wäre auch ein Projekt, das man gegen die Marktkräfte durchsetzen müsste.

**Mein Gott, für einen alten Marxisten hören Sie sich sehr bescheiden an! (...) „Alle Revolutionen“, sagte aber Ihr Marx, „haben bisher nur eins bewiesen, nämlich dass sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen.“**

Das stimmt. Aber eine große Sache ist es dennoch, dieses Prinzip Hoffnung. Auch wenn die ideale Gesellschaft, wie Max Weber glaubte, jenseits unserer Möglichkeiten liegt, ist nichts Ernsthaftes in der Politik zu erreichen, wenn man nicht an sie glaubt. Der Mensch hat die Anlagen zum Guten wie zum Schlechten - und wie er sich benimmt, das kann man wohl ändern! Dass unsere Welt, immer noch oder endlich mal Heimat für alle werden kann - das ist doch ein schönes Ziel! ▲

*Interview: Arno Luik*

**Zur Person**

Eric Hobsbawn, 1917 in Alexandria, Ägypten, geboren, ist einer der letzten Universalgelehrten der Welt. Der Sohn eines Engländers und einer Österreicherin erlebte in den frühen 1930er Jahren als Schüler in Berlin die um sich greifende Arbeitslosigkeit, die ihn zum „lebenslänglichen Marxisten“ machte. Kurz nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler emigrierte er nach England; später lehrte er in Cambridge, Paris, Stanford, am MIT in Boston und an der University of London. Zu seinen Werken, die weltweit verlegt werden, gehört „Das Zeitalter der Extreme“ oder seine Biografie „Gefährliche Zeiten“. Hobsbawn, den die britische Königin zum „Companion of Honour“ ernannte, lebt mit seiner Frau in London.

<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/maerkte/700669.html>

## Der Exportweltmeister muss umdenken

Thomas Hanke, 12.06.2009

Wir sind die Erfinder der Ordnungspolitik und stolz darauf, dass es in vielen Sprachen nicht einmal eine Übersetzung für diesen wichtigen Begriff gibt. Doch wir sind erstaunlich schlecht darin, ihn mit Leben zu erfüllen. Deutschland, seine Wirtschaftspolitik und Ökonomen, seine Eliten verstimmen, wenn es darum geht, strategische Debatten zu führen. In der Krise stürzen sich stattdessen alle aufs Mikromanagement: Jeder hat eine Meinung zu Opel, Karstadt, Schaeffler und weiß, was der Staat tun sollte. Dabei ist genau das nicht seine Aufgabe.

Ein Psychologe würde sagen: klarer Fall von Ersatzhandlung. Zum großen Thema, wie die deutsche Volkswirtschaft auf den Einbruch ihrer Exportmärkte zu reagieren hat, kann oder will man nichts sagen, ersatzweise zieht man sich an Einzelunternehmen hoch. Dass es auch anders geht, zeigt die jüngste Prognos-Studie. Sie analysiert, dass und wie sich Deutschlands Geschäftsmodell ändern muss, auch wenn wir weiter auf Exportstärke als Wachstumsmotor setzen sollten.

Deutschland verdankte seinen Erfolg bislang drei Branchen: vor allem Autos und Maschinenbau, außerdem der Chemie. Speziell die Autoindustrie aber wird auf Jahre schwächeln, die Aussichten für den Maschinenbau sind durchwachsen. Finanziert wurde der hohe Exportüberschuss, dem wir das Wachstum verdankten, von lediglich vier Ländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Spanien), die alle auf mittlere Sicht nicht wieder ihre alte Rolle von vor der Krise spielen werden, weil ihnen schlicht die Mittel dazu fehlen. Anders ausgedrückt: Ein großer Teil des deutschen

Handelsbilanzüberschusses und damit auch ein großer Teil des Wachstums sind gefährdet.

(...) Die Konzentration der deutschen Unternehmen auf den Export hat viel mit der schwachen Inlandsnachfrage zu tun, und die ist auch politisch herbeigeführt - von der Finanzierung der deutschen Einheit bis zur Anhebung der Mehrwertsteuer wurden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die die Nachfrage schwächten. Und weil die private Konsumnachfrage bei uns im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern seit 2001 rückläufig ist, drängte das deutsche Unternehmen, ihr Glück eher in der weiten Welt als auf dem Heimatmarkt zu suchen.

Deutschland muss eine neue Außenhandelsstrategie entwickeln, die zwei Teile haben sollte. Auf der einen Seite sind zukunftssträchtige Märkte zu identifizieren. (...) Unternehmen selbst. Der Staat kann aber mit Hilfe seiner schier unbegrenzten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Instrumente, von der Förderung universitärer Kooperationen bis zu Handels- und Investitionsschutzabkommen, erleichternd tätig werden, ohne sich in die Belange einzelner Firmen einzumischen.

Auf der anderen Seite geht es um die Zusammensetzung unserer Exporte. Wenn die bisherigen „Überschussbranchen“ Autos und Maschinen mittelfristig weniger beitragen, müssen andere in diese Rolle hineinwachsen. Hohe Wachstumsraten gibt es bei gesundheitsbezogenen und unternehmensnahen Dienstleistungen. Aber auch technologisch hochwertige Branchen wie Medizin-, Mess- und Regeltechnik wachsen stark.

Speziell mit Dienstleistungen tun wir uns

immer noch schwer. Wollen wir hier in Zukunft erfolgreich sein, müssen wir mehrere intellektuelle und politische Hebel umlegen. Da es weniger darum gehen wird, Güter zu verkaufen, sondern vielmehr stofflose Produkte, wird auch das Anlagekapital, das in der ganzen Wirtschafts- und Steuerpolitik eine gewaltige Rolle spielt, weniger wichtig als das bislang unterschätzte Humankapital.

Künftige Exporterfolge erfordern deshalb eine andere Politik. Das reicht von den Leitbildern, die in der Bildung vermittelt werden, über die Ausrichtung der Steuerpolitik, die für qualifizierte Dienstleister attraktiv sein muss, bis hin zu der Tatsache, dass der Staat sich intensiver mit vernachlässigten Fragen wie dem Schutz des geistigen Eigentums befassen muss. Vor allem muss die Politik durch das, was sie am besten kann - nämlich kommunizieren -, auf die neuen Wachstumschwerpunkte hinweisen, für sie werben. Es ist in Deutschland in den 90er-Jahren gelungen, erfolgreich auf „grüne Technologien“ umzusteuern, eine Wende, die anfangs heftig umstritten war, die heute aber niemand mehr missen möchte. Das gelang durch eine Kombination von kreativem Unternehmertum, einer breiten gesellschaftlichen Debatte, Ingenieurwissen und geschickten staatlichen Anreizen. Ähnliches kann uns auch heute gelingen: wenn wir nicht blind darauf vertrauen, dass es im Selbstlauf ein Zurück zu den paradiesischen Zuständen vor der Krise gibt. ▲

<http://www.handelsblatt.com/politik/handelsblatt-kommentar/der-exportweltmeister-muss-umdenken;2349508;0>

## Deutschlands Geldadel profitierte von Karstadt-Mieten

Thomas Hanke, 12.06.2009

Arcandor ist pleite. Ein Grund für den Absturz dürften auch hohe Mieten bei der Warenhaustochter Karstadt gewesen sein, die der Konzern an den Projektentwickler Josef Esch zahlen musste. An dessen Fonds waren nach SPIEGEL-Informationen mehrere prominente Superreiche beteiligt.

Von den Fonds, die der Troisdorfer Projektentwickler Josef Esch mit der Kölner Privatbank Sal. Oppenheim für die Vermietung von Immobilien an Karstadt aufgelegt hat, profitierte nach SPIEGEL-Informationen eine handverlesene Gruppe von Angehörigen des deutschen Geldadels - die Kunstsammlerin Claudia Oetker, der Bofrost-Gründer Josef Boquoi und Maxdata-Gründer Holger Lampatz, der 2006 und 2007 im Aufsichtsrat von KarstadtQuelle saß.

Auch Münchner Oppenheim-Konkurrenten, die Privatbankiers Wilhelm von Finck Junior und Senior, zeichneten Anteile; ebenso die Ehefrau eines Ministerialbeamten aus dem Bundesjustizministerium, der dort für Gesellschaftsrecht zuständig ist. In München betrug die Garantiemiete

23,2 Prozent vom Umsatz, in Leipzig 19,6 Prozent, in Potsdam 16,4 Prozent und in Karlsruhe 14,5. Schon bei einem Verhältnis Umsatz zu Miete von zehn Prozent, so Einzelhandelsexperten, beginne die sogenannte Todeszone, in der ein Warenhaus die Miete gemeinhin nicht mehr erwirtschaften könne.

Für Thomas Middelhoff hat die Beteiligung an den Fonds ein juristisches Nachspiel. Die Staatsanwaltschaft hat am Freitag offiziell ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue eingeleitet. Der Manager könnte privat davon profitiert haben, dass Karstadt-Kaufhäuser teils unüblich hohe Mieten zahlen, hieß es zur Begründung.

Arcandor hat trotz Insolvenz allerdings noch Chancen auf Staatsgeld. (...) Ein Kreditantrag liegt noch nicht vor - im Bedarfsfall aber werde die Bundesregierung den Wunsch nach einem sogenannten Massekredit schnell prüfen und ihn, wenn möglich, auch gewähren, hieß es im Bundeswirtschaftsministerium. Ein Massekredit ist kurzfristig zur Verfügung gestelltes Geld für insolvente oder kurz vor der Insolvenz stehende Unternehmen. ▲

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,630317,00.html>

WAS IST EIGENTLICH...?

## Titty-tainment

**Tittytainment** (oft auch „Tittitainment“) ist eine Wortbildung aus „titty“ (englisch Slang für Busen, Brust: hier als milchgebende Brust verstanden) und „entertainment“ (Unterhaltung).

Der Ausdruck wird häufig in Kombination mit der Begrifflichkeit der 80/20-Regel (Pareto-Verteilung) benutzt. 80:20 bezeichnet in diesem Kontext die Prognose, dass in Zukunft nur 20% der Weltbevölkerung ausreichen werden, um alle benötigten Dienstleistungen und Güter zu erbringen bzw. zu produzieren.

Zugeschrieben wird dieser Begriff Zbigniew Brzezinski, dem früheren nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter. Er soll von ihm auf einer Versammlung des „Global Braintrust“ mit 500 führenden Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern aus allen Kontinenten am 27. September 1995 im Fairmont Hotel in San Francisco unter Einladung von Michael Gorbatschow geprägt worden sein.

Für das Phänomen der auseinanderdriftenden Bildungsblöcke, und die damit einhergehenden sozialen und beschäftigungsbedingten Folgen, wurde in der Wirtschaftswissenschaft in dem 1997 erschienenen Buch Die Globalisierungsfalle dieser Fachbegriff geprägt: Titty- steht für das Durchfüttern und -tainment für das Unterhalten der „übrigen“ 80 Prozent der Bevölkerung. ▲

<http://de.wikipedia.org/wiki/Tittytainment>

# Was bei aller berechtigten Kritik an der Übernahme von ProSiebenSat 1...

... durch den Springer-Konzern vergessen wird- 15.08.2005

Da mögen die Verleger noch so sehr die publizistische Vielfalt in Deutschland rühmen, nichts führt an der Tatsache vorbei, dass die vier Großkonzerne Bertelsmann, Springer, Bauer und Burda die veröffentlichte Meinung in Deutschland beherrschen.

Aus der konservativen Grundhaltung der Springer-Konzerns macht der Verlag selbst keinen Hehl und davon kann man sich auf seinem Flaggschiff, der BILD-Zeitung, täglich überzeugen. Der Hauptanteilsignerin Friede Springer wird ein freundschaftliches Verhältnis zu Angela Merkel nachgesagt, kein Wunder, dass eindeutig für die Union oder für Schwarz-Gelb Partei ergriffen wird.

Die Axel Springer Verlag AG, der größte Zeitungsverlag Europas mit zuletzt 2,4 Milliarden Euro Umsatz, ist Herausgeber der auflagenstärksten Boulevardzeitung ("Bild-Zeitung"), Mittagszeitung ("Hamburger Abendblatt"), Sonntagszeitung ("Bild am Sonntag, "Welt am Sonntag"),

•Hörfunk- und Fernsehzeitschrift ("Hör zu"). Zum Springer-Konzern gehören ferner unter anderem die Tageszeitungen "Berliner Morgenpost", "Die Welt", "BZ", "Elmshorner Nachrichten" und die "Berliner Morgen Zeitung" sowie die Zeitschriften "Funk Uhr", "Bildwoche", "Auto-Bild", "Bild der Frau", "Sport-Bild", "Journal für die Frau", "TV neu", "Allegra" und "Computer Bild". Hinzu kommen Anzeigenblätter. Außerdem besitzt der Konzern Kapitalanteile an Zeitungen wie der "Volkszeitung" (Leipzig), der "Ostsee-Zeitung" (Rostock), den "Hamburger Anzeigen und Nachrichten", den "Kieler Nachrichten" und den "Lübeckischen Nachrichten". Der Marktanteil der Springerschen Tageszeitungen liegt bei etwa einem Viertel.

Jenseits des Schröderschen Agenda-Kurses ist in den Springer-Blättern wirtschaftspolitisch kaum Raum.

Welche Linie die Bertelsmann-AG wirtschaftspolitisch vertritt, unterliegt auch kaum einem Zweifel. Der mit Abstand größte Medienkonzern in Europa, aus Gütersloh mit einem Umsatz von 17 Milliarden Euro (davon 30% in Deutschland) begann mit Büchern und Schallplatten, baute Leseringe auf (unter anderem Deutsche Buchgemeinschaft), kaufte Großdruckereien und Verlage und stieg ins Funk-, Fernseh- und Filmgeschäft ein (unter anderem UFA Filmproduktion, RTL Group). Bertelsmann ist mehrheitlich am Hamburger Zeitschriften-Großverlag Gruner + Jahr beteiligt. Der Bertelsmann AG gehört auch die WS-Verlagsgruppe Random House, dem bedeutendsten englischsprachigen Buchverlag der Welt. Mit BMG in New York ist Bertelsmann stark in der internationalen Musikvermarktung vertreten und mit dem Güntersloher Unternehmensbereich Arvato im Druck-, Dienstleistungs- und Onlinegeschäft.

Bertelsmann ergrift zwar nicht so offensichtlich und durchgängig Partei für die CDU wie Springer. Liz Mohr, der Vorsitzende der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft und stellvertretender Vorsitzende des Vorstands der Bertelsmann Stiftung werden allerdings, wie Friede Springer Sympathien für die Kanzlerkandidatin der CDU nachgesagt. Weil sich der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident für die Rangele des Konzerns stark machte, galten RTL und VOX in der Öffentlichkeit oft als das eher sozialdemokratisches Pendant zu der bis zur Insolvenz vom Kohl-Freund Liz Mohr gelenkten Bertelsmann- und Filmrechte-Gruppe mit Premierer, Pro Sieben oder vor allem Sat 1 Bayern. Aber selbst der als „linksliberal“ geltende „Stern“ aus dem Verlag Gruner + Jahr, der wiederum gleichfalls mehrheitlich Bertelsmann gehört, folgt - jedenfalls wenn es um die Wirtschaftspolitik geht - überwiegend der Linie des Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn, die sich wie folgt beschreiben lässt: Privatisierung der CDU, Eigeninitiative statt Sozialstaat, Wettbewerb statt politischer (demokratischer) Gestaltung, betriebswirtschaftliche Effizienz in allen Lebensbereichen, vom Kindergarten, über die Schulen, in die Hochschulen bis hinein in die staatliche Verwaltung.

Mit einem Umsatz von knapp 1,7 Milliarden Euro ist die Bauer-Verlagsgruppe der drittgrößte Oligopolist im Bunde. Der Bauer-Verlag verdient zwar sein Geld im Wesentlichen mit sich, Yellow-Press-Produkten wie „Neue Bunte-Revue“ oder „Neue Post“, 35 Zeitschriften, aber der Verlag in Deutschland - an der Gesamtaufgabe von rund 17 Millionen Hefen. Zusammen mit Bauers Töchtern sind es noch wesentlich mehr: Allein

der Pabel-Moewig-Verlag aus dem badi-schen Rastatt hat noch mal 41 Titel im Programm. Jeder zweite Deutsche liest ein Bauer-Blatt, sagt der Bauer-Verlag von sich. Auch beim Rundfunk ist Bauer mit dabei: 31,2 Prozent halten die Hamburger am Fernsehender RTL II, 25 Prozent an Radio Hamburg.

Bauer ist Marktführer bei Klatsch und Tratsch, vordergründig „unpolitisch“ aber hintergründig sehr politisch, etwa bei der Vermittlung eines stockkonservativen Frauen- und Familienbildes und eines gesellschaftlichen „Zaunast“ - Bewusstseins gegen über den wirtschaftlich- und gesellschaftlich Mächtigen.

Der Burda-Verlag mit einem Umsatz von gleichfalls etwa 1,7 Milliarden Euro ist Marktführer bei den Publikumszeitschriften: Schwarz für über 20 Prozent; die Programmzeitschriften kommen zu über der Hälfte aller Blätter aus diesem Haus. Mit seinen wichtigsten Zeitschriften "Bunte", "Focus", "Freundin" oder "Super Illu" ist das Haus Burda politisch und wirtschaftspolitisch gleichfalls konservativ verortet. Dazu braucht man nur einmal den Focus-Chefredakteur Helmut Krackman in einer Talk-Show erleben. Vom marktradikal in "Focus Money" braucht man erst gar nicht reden.

Neben diesen „Elefanten“ in der Medienlandschaft gibt es noch andere, große Tiere". So etwa die Georg von Holtzbrink GmbH mit einem Umsatz von über 2 Milliarden Euro (allerdings überwiegend im Ausland). Die Gesellschaft besitzt Buchverlage, Tageszeitungen wie das "Handelsblatt" und Regionalblätter wie die "Lausitzer Rundschau" (Cottbus), die "Main-Post" (Würzburg), die "Starke Zeitung", den "Tagesspiegel" (Berlin) und den "Südkurier" (Konstanz) sowie Wochenzeitungen und -magazine ("Die Zeit" und "Wirtschaftswoche"). Das Stuttgarter Unternehmen ist ferner an verschiedenen Fernseh- und Hörfunkveranstalten beteiligt, vor allem in Ostdeutschland. Die politische Bandbreite im zunehmend heranwachsenden Holtzbrink-Imperium ist zwar etwas breiter als bei den vier Größen, im „Tagesspiegel“ oder in der „Zeit“ kann man schon links und rechts libeale oder sogar links-liberale Töne hören, doch in Deutschland begann mit Büchern und Schallplatten, baute Leseringe auf (unter anderem Deutsche Buchgemeinschaft), kaufte Großdruckereien und Verlage und stieg ins Funk-, Fernseh- und Filmgeschäft ein (unter anderem UFA Filmproduktion, RTL Group). Bertelsmann ist mehrheitlich am Hamburger Zeitschriften-Großverlag Gruner + Jahr beteiligt.

Der Bertelsmann AG gehört auch die WS-Verlagsgruppe Random House, dem bedeutendsten englischsprachigen Buchverlag der Welt. Mit BMG in New York ist Bertelsmann stark in der internationalen Musikvermarktung vertreten und mit dem Güntersloher Unternehmensbereich Arvato im Druck-, Dienstleistungs- und Onlinegeschäft.

Bertelsmann ergrift zwar nicht so offensichtlich und durchgängig Partei für die CDU wie Springer. Liz Mohr, der Vorsitzende der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft und stellvertretender Vorsitzende des Vorstands der Bertelsmann Stiftung werden allerdings, wie Friede Springer Sympathien für die Kanzlerkandidatin der CDU nachgesagt. Weil sich der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident für die Rangele des Konzerns stark machte, galten RTL und VOX in der Öffentlichkeit oft als das eher sozialdemokratisches Pendant zu der bis zur Insolvenz vom Kohl-Freund Liz Mohr gelenkten Bertelsmann- und Filmrechte-Gruppe mit Premierer, Pro Sieben oder vor allem Sat 1 Bayern. Aber selbst der als „linksliberal“ geltende „Stern“ aus dem Verlag Gruner + Jahr, der wiederum gleichfalls mehrheitlich Bertelsmann gehört, folgt - jedenfalls wenn es um die Wirtschaftspolitik geht - überwiegend der Linie des Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn, die sich wie folgt beschreiben lässt: Privatisierung der CDU, Eigeninitiative statt Sozialstaat, Wettbewerb statt politischer (demokratischer) Gestaltung, betriebswirtschaftliche Effizienz in allen Lebensbereichen, vom Kindergarten, über die Schulen, in die Hochschulen bis hinein in die staatliche Verwaltung.

Mit einem Umsatz von knapp 1,7 Milliarden Euro ist die Bauer-Verlagsgruppe der drittgrößte Oligopolist im Bunde. Der Bauer-Verlag verdient zwar sein Geld im Wesentlichen mit sich, Yellow-Press-Produkten wie „Neue Bunte-Revue“ oder „Neue Post“, 35 Zeitschriften, aber der Verlag in Deutschland - an der Gesamtaufgabe von rund 17 Millionen Hefen. Zusammen mit Bauers Töchtern sind es noch wesentlich mehr: Allein

die „Neue Westfälische“ in Bielefeld, ansonsten ist sie hauptsächlich über die hannoversche Verlagsgesellschaft Madsack an so meinungsprägenden Zeitungen wie etwa dem „Gandersheimer Kreisblatt“ beteiligt (siehe www.medienmarkt.de).

Lassen wir noch einmal gesondert die anderen überregionalen Zeitungen Revue passieren, dann kann die Verortung von Springers „Welt“ - mit über 222.000 verkauften Auflage - im konservativen Lager oder bei den ökonomischen „Neocoms“ als unbestritten gelten.

Die Linie der „FAZ“ mit einer verkauften Auflage von über 375.000 hat der ehemalige Leiter der innenpolitischen Redaktion Friedrich Karl Fromme einmal treffend mit „schwarz-rot-gold“ beschrieben: Schwarz für die konservative Politikredaktion, rot für das oftmals durchaus kritische Feuilleton und gold für den äußerst wirtschaftsliberalen Wirtschaftsteil.

Die Süddeutsche Zeitung als mit über 444.000 Exemplaren auflagenstärkste Tageszeitung hat zwar in der Innen- und Rechtspolitik vor allem mit Herbert Prantl kräftige, jedenfalls als links-liberal geltende Tüpfel. Der Leiter der Wirtschaftsredaktion, Nikolaus Piper führt als Mitglied der Most Pelerin Gesellschaft nicht nur sein Redaktionskollektiv an strammem wirtschaftsliberalen Kurs, sondern für ihn scheint es nahezu keine wirtschafts- oder gesellschaftspolitische Wirklichkeit zu geben, die nicht unter sein starres neoliberales Dogmengebäude subsumiert würde.

Das holtzbrinkische „Handelsblatt“ (verkaufte Auflage über 143.000) ist die Wirtschaft abnormiert und ihr Chefredakteur Bernd Ziesemer spielt sich in den Talk-Shows geradezu wie der Papst der neoliberalen Ökonomenzufunft auf. Da ist die in Hamburg ansässige, börsentlich erscheinende Wirtschaftszeitung „Financial Times Deutschland“ (verkaufte Auflage um die 100.000), die vom Verlag Gruner + Jahr und dem englischen Pearson Verlag (Financial Times) publiziert wird, dogmatisch etwas offener und einige Leitartikler locken oft mal wieder den Stahl der iniform gewordenen deutschen ökonomischen Lehre. Aber die Grundrichtung orientiert sich gleichfalls am angebotsorientierten Wirtschaftsdogma.

Letztlich bleibt noch die ständig am Existenzminimum krebende „taz“ mit einer verkauften Auflage von 60.000 Exemplaren. Die taz-Genossenschaft, getragen von einigen tausend taz-LeserInnen, bei der auch die monatliche deutsche Ausgabe von Le Monde Diplomatique erscheint, hat schon allein mit ihrem „Atlas der Globalisierung“ aufkündendes geleistet. Der Wirtschaftsteil der taz ist jedoch arg unterentwickelt und seit die „Grünen“, denen die Zeitung mit den witzigen Überschriften nahe steht, zu den Promotoren des neoliberalen wirtschaftlichen „Reformkurses“ gehören, dümpelt die taz in einer Bandbreite zwischen Attac und den Positionen der Grünen Fraktionsvorsitzenden Göring-Eckardt, die sich die Hartz-Reformen oder die Senkung von Lohnsummenkosten auf den Panier geschrieben hat.

Bei den Magazinen gilt für Viele immer noch der SPIEGEL (mit einer Auflage von 1,1 Millionen) als kritisches Intellektuellen-Blatt (die BILD-Zeitung für Intellektuelle), das sich gegen den Strom stellt. „Seit Rudolf Augstein tot ist, hat der SPIEGEL noch weniger Meinung. Gleichzeitig ist er Meinungsfindung geblieben“, schreibt Oliver Gehrs in seinem neuen Buch der „SPIEGEL-Kommission“. Das Magazin ist ein Beispiel für linksliberale und klare Haltungen schnell unter Ideologieverdacht stünden. Der neue Chefredakteur Stefan Aust wendete das Blatt für sich. Aust der Zeit nicht einmal mehr einen Herausgeber über sich hat, schiele vor allem auf die Auflage und handele meistens, bevor er nachdenke. Die Spiegel-Redakteure die einen Anteil von 50% am Verlag besitzen, ließen sich ihr schlechtestes journalistisches Gewissen und ihren sachlichen Widerstand durch die hohen Gewinnbeiträge abkaufen oder aber sie verließen das Haus. Aust hat sich mit dem bertelsmannschen Gruner + Jahr Verlag arrangiert und den Schulterschluss mit Springer gefunden. Austs Kronprinz, Gabor Steingart, der Leiter des Hauptstadtbüros habe sich schon 1998 eine große Koalition gewünscht und sei dafür bekannt, „dass er die Globalisierung lieb und den Sozialstaat abschaffen will“ - zugunsten der möglichst viel Freiheit für die Wirtschaft zu sein. In Deutschland - der Abstieg eines Superstars“ ist der bereede Beweis dafür. Aust und Steingart nicht im Spiegel das Sagen haben, sondern auch schon das

öffentlich-rechtliche Fernsehen mit ihrem Credo missionieren dürfen, beweist die vor kurzem ausgestrahte und groß aufgemotzte dreiteilige ZDF-Serie der „Fall Deutschland“. Das im SPIEGEL-Haus erscheinende „Manager-Magazin“ gibt schon mit seinem Namen die wirtschaftspolitische Richtung an.

Der Focus (verkaufte Auflage knapp 800.000) versteht sich selbst als das konservative Gegengewicht zum angeblich „links-liberalen“ Spiegel. Damit ist nachdem, was vom SPIEGEL zu halten ist, nach rechts hin eigentlich alles offen. Auf die politische Rolle des Chefredakteurs und Stoiber-Freundes Markwort wurde schon hingewiesen. Focus-Magazin interessiert sich wesentlich fürs Geld-Verdienen und für die, die Geld verdienen.

As Hort der Pluralität der Meinungen und der kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik und dem Meinungsmainstream blieben also die öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramme. Ohne Zweifel sind ARD, ZDF, die driten Programme, Arte, 3-Sat oder Phoenix noch die „ausgewogensten“ elektronischen Medien bei der Bildung der öffentlichen Meinung. Vor allem auch in den ARD-Hörfunksendungen oder im Deutschlandfunk bzw. Deutschlandradio gibt es noch Programmketten, die man kritisch bezeichnen kann und die sich wohlftund von Einheitsbrei abheben. Allein schon deshalb gilt es, die einzigen nicht von Privateigentümern beherrschten Medien zu hüten wie einen Augapfel.

Schaut man sich allerdings, die politische Meinung prägenden Sendungen einmal genauer an, so wird man leider zunehmend eins schlechteren belehrt. Neben wir als Beispiel einmal den Quotenringer Sabine Christiansen, so geht es an unseren Sonntagabend ganz überwiegend nicht um eine ernsthafte Debatte über kontroverse Konzepte, sondern es geht einer „großen Koalition der Systemüberwinder“ durch pausenloses Wiederholen um das Eintrichtern der These, dass es „unserer“ Wirtschaft besser gehe, wenn es „der“ Wirtschaft wieder gut geht und wenn es „der“ Wirtschaft gut geht, es auch „uns“ wieder gut geht (siehe NachDenkSeiten). Im sonntäglichen Presse Club dürfen sich die gleichen Chefredakteure oder Leitkommentatoren einmal ins Bild setzen, deren Kommentare wir schon die ganze Woche über lesen mussten. Und Plasberg fragt in „Hart aber fair“ zwar hart und fair, aber auch nicht etwa nach den Begründungen für die „Reformen“ oder gar danach warum sie keine Erfolge zeitigen, sondern allenfalls warum sie handwärclich sein könnten gemacht wurden.

Die „Anchor-Men und Women“, also die Moderatoren in den täglichen Nachrichtensendungen und Nachrichtenmagazinen plappern munter die Schlagzeilen nach, die sie tagtäglich in den einschlägigen Zeitungen oder Agenturmeldungen gelesen haben oder sie stellen ihren Interviewpartnern nicht etwa Sachfragen, sondern Fragen, die von den anderen Medien aufgeworfen wurden. Es wird nur selten nachgehakt und schon gar nicht, wenn die „Anchors“ Fragen gestellt, die die Niederlagen der SPD bei den Landtagswahlen in den letzten Jahren, gibt in den Aufsichtsräten des ZDF inzwischen eine klare konservative Mehrheit und liberale oder gar links-liberale oder wenigsten gegenüber politischen ARD-Standfeste Intendanten bei den DRK-Anstalten sind rar geworden. Der Programmdirektor Grotter Struwe hat ostentativ der SPD den Rücken gegeben.

Die Polit-Magazine sollen nach einer Programmreform auf eine halbe Stunde gekürzt werden. Das Bedauern hält sich aber in Grenzen, wenn, wie gerade im laufenden Vorwahlkampf zu beobachten, in den sich selbst noch nicht kritisch beziehenden Sendungen wie etwa „Panorama“ oder „Monitor“ Werbekampagnen für die Hartz-Reformen und für die Senkung von Sozialleistungen aufgeführt werden.

Der neue Programm-Geschäftsführer beim Ereignis- und Dokumentationskanal Phoenix war langjähriger Redakteur des CSU-Kampfbüros „Bayernkurier“, Phoenix war sich z.B. auch nicht zu schade, ohne weitere Kommentierung die Verleihung des von der neoliberalen PR-Agentur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ausgebenlten Titels des „Reformers des Jahres“ zu „dokumentieren“.

Dennoch: Ein Glück, dass es Phoenix gibt, denn ist man wenigstens etwas bei Parteien- und Presseumfragen politisch unabhängig über die Eine-Minute-Dreißig-Kommissionen der elektronischen Medien oder auf die Zitatlabereien in den Tageszeitungen angewiesen. Letztlich bilden ARD - manchmal

etwas links von der Mitte - und ZDF - meistens eher rechts von der Mitte - das Meinungsspektrum der etablierten Parteien ab und da es in wirtschaftspolitischen Fragen eine Allparteienkoalition für eine neoliberale Grundausrichtung gibt, kann man Kritischen zum wirtschaftspolitischen Mainstream im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur selten hören und noch viel weniger sehen - schon gar nicht in den sog. Wirtschafts-magazinen. Den Gipfelpunkt an regelrechter neoliberaler Propaganda hat das ZDF mit der Ausstrahlung des Dreiteilers „Der Fall Deutschland“ erreicht, in dem der SPIEGEL-Chef Aust das Credo seines Kronprinzen Gabor Steingart verfilmen durfte, dass es für Deutschland sei und wegen Adenauers Einführung von sozialem Sicherungssystemen, wie etwa der gesetzlichen Rente, wirtschaftlich nur noch bergab gehe.

(...) Es hat sich eine freiwillige Gleichschaltung der gesellschafts- sozial- oder wirtschaftspolitischen veröffentlichten Meinung eingestellt und diese Konzentration oder Verengung der Meinungen ist gravierender als die kartellrechtliche Frage nach der weiteren Konzentration der ökonomischen Macht im Medienbereich oder der Blick auf den Wettbewerb im Medienmarkt.

Wir haben endgültig einen Zustand der Pressefreiheit erreicht, den der wörtmichtige Paul Sethe, Ressortchef der Springer-Zeitung „Die Welt“, schon1965 in einem Leserbrief an den SPIEGEL so prägnant beschrieben hat:

Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig, ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von zwehltendur reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Journalisten, die diese Meinung teilen, finden sie immer. Ich kenne in der Bundesrepublik keinen Kollegen, der sich oder seine Meinung verkauft hätte. Aber wer nun anders denkt, hat der nicht auch das Recht, seine Meinung auszudrücken? Die Verfassung gibt ihm das Recht, die ökonomische Wirklichkeit zerstört es. Frei ist, wer reich ist. Das ist nicht von Karl Marx, sondern von Paul Sethe. Aber richtig ist es trotzdem. Und da Journalisten nicht reich sind, sind sie auch nicht frei (jene wenigen Ausnahmewohner ausgenommen). ♣

http://www.nachdenkseiten.de/?p=840

NEOPLEX Ausgabe 04/Juni 2009

NEOPLEX Ausgabe 04/Juni 2009

# Risiko bis zum Exzess: Es fehlt eine schonungslose gesellschaftliche Debatte über das Fehlverhalten der Finanzbranche.

*Ein Gastkommentar Von Thilo Bode und Katja Pink, 05.04.09*

Selten war sich das Land so einig wie im Falle der Bonus-Zahlungen für die „schamlosen Banker“. In der Kritik stehen diese Zahlungen allerdings vor allem deshalb, weil sie fließen, obwohl der Staat die Geldinstitute der Boni-Empfänger mit Steuer-geldern vor der Insolvenz bewahren muss-te. Tabu zu sein scheint dagegen die Frage, ob die Gewinne, auf denen diese Bonus-Zahlungen beruhen, rechtmäßig verdient waren – zumindest in Deutschland. Im britischen Unterhaus muss Bankchefs wegen riskanter Geschäfte Rede und Antwort stehen, im amerikanischen Senat werden sie von den Finanzfachleuten ermahnungs-voll beschrien: Schwarz für die konservative Politikredaktion, rot für das oftmals durchaus kritische Feuilleton und gold für den äußerst wirtschaftsliberalen Wirtschaftsteil.

(...) Es hat sich eine freiwillige Gleichschaltung der gesellschafts- sozial- oder wirtschaftspolitischen veröffentlichten Meinung eingestellt und diese Konzentration oder Verengung der Meinungen ist gravierender als die kartellrechtliche Frage nach der weiteren Konzentration der ökonomischen Macht im Medienbereich oder der Blick auf den Wettbewerb im Medienmarkt.

Wir haben endgültig einen Zustand der Pressefreiheit erreicht, den der wörtmichtige Paul Sethe, Ressortchef der Springer-Zeitung „Die Welt“, schon1965 in einem Leserbrief an den SPIEGEL so prägnant beschrieben hat:

Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig, ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von zwehltendur reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Journalisten, die diese Meinung teilen, finden sie immer. Ich kenne in der Bundesrepublik keinen Kollegen, der sich oder seine Meinung verkauft hätte. Aber wer nun anders denkt, hat der nicht auch das Recht, seine Meinung auszudrücken? Die Verfassung gibt ihm das Recht, die ökonomische Wirklichkeit zerstört es. Frei ist, wer reich ist. Das ist nicht von Karl Marx, sondern von Paul Sethe. Aber richtig ist es trotzdem. Und da Journalisten nicht reich sind, sind sie auch nicht frei (jene wenigen Ausnahmewohner ausgenommen). ♣

Dieser Schwand ist in zweifacher Hinsicht gefährlich. Einmal schädigt die von Finanzkrise ausgelöste wirtschaftliche Rezession hunderte Millionen von Menschen in Deutschland und der Welt. Zum zweiten muss sich der Staat, um die Krise zu bekämpfen, verschulden. Irgendwann muss die Allgemeinheit diese Schulden zurück-zahlen – durch Geldentwertung und/oder höhere Steuern. Dieser Schaden entzieht

sich der juristischen Aufarbeitung. Würden individuelle Rechte Dritter verletzt, könnten die Täter vor Gericht gestellt werden – nicht jedoch, wenn der Schaden an objektiven Schutzzitern wie dem Allgemeinwohl entstanden ist. Ob Bankvorstände und ihre Aufseher verantwortlich gehandelt haben, ist jedoch nicht nur eine Frage der straf- oder zivilrechtlichen Relevanz. Verantwortlichkeit muss sich schließlich daran messen lassen, ob Bankmanager, obwohl sie formal die Regeln des Finanzmarktes eingehalten haben, diese so ausgebeutet und umgangen haben, dass die eigentlichen Ziele dieser Gesetze und Regeln unterlaufen wurden. Juristen sprechen hier von Rechtsmissbrauch, in der Finanzwelt heißt ein derartiges Vorgehen eher technisch „Regulierungsarbitrage“. Welch ein Zynismus! Man stelle sich vor, ein Hartz-IV-Empfänger, der zwar legal, aber rechtsmissbräuchlich die Annahme eines ihm angebotenen Jobs verweigert, würde sich damit verteidigen, er betriebe „Regulierungsarbitrage“. Jeder Bankmanager würde das Sozialbetriebe nennen.

Die Auslagerung riskanter Geschäfte in „Jahnsferne“, also nicht konsolidierungspflichtige, ausländische Zweckgesellschaften war ein klarer Rechtsmissbrauch, keinesfalls eine harmlose „Regulierungsarbitrage“. Nach dem Bilanzrecht sind die Geschäftszahlen die im Unternehmen tatsächlich stehenden Risiken offenzulegen und dürfen sie nicht verstecken. Mit der Gründung von Zweckgesellschaften haben die Banken ganz das Gegenteil gemacht, nämlich Eigenkapitalregeln umgangen und „Jahnsferne“ als nicht konsolidierungspflichtige, ausländische Zweckgesellschaften nahmen kurzfristige Kredite auf und finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Bereits im Juni 2006 hatten die Experten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der renommierten Notenbank- Zentrale in Basel, vor der „Anfälligkeit der Kreditlinien“. Anlegen drohter „unermutet hohe Verluste“ bei finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Bereits im Juni 2006 hatten die Experten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der renommierten Notenbank- Zentrale in Basel, vor der „Anfälligkeit der Kreditlinien“. Anlegen drohter „unermutet hohe Verluste“ bei finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Bereits im Juni 2006 hatten die Experten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der renommierten Notenbank- Zentrale in Basel, vor der „Anfälligkeit der Kreditlinien“. Anlegen drohter „unermutet hohe Verluste“ bei finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Bereits im Juni 2006 hatten die Experten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der renommierten Notenbank- Zentrale in Basel, vor der „Anfälligkeit der Kreditlinien“. Anlegen drohter „unermutet hohe Verluste“ bei finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

2005 haben die Regierungspartner CDU, CSU und SPD für den Finanzsektor vereinbart, „überflüssige Regulierungen abzubauen“ und zur Erleichterung der Kreditvergabe durch die Banken ... die Regulierung der Finanzaufsicht auf das notwendige Maß zurückzuführen.“ Es liegt somit auch keine Krise des Kapitalismus vor, sondern eine Krise der Demokratie: Denn nicht externer, unabhängiger Sachverstand prägt das Regierungshandeln, sondern die Interessen von Lobbyisten. Beispiele? Das deutsche „Finanzmarkt-Stabilisierungs-Ergänzungsgesetz“ haben nicht etwa die Experten des Finanzministeriums geschrieben, sondern die US-„Wall Street Journal“-Buchhalter Deringer, eine Kanzlei also, die hochkartige Mandanten aus der Finanzwirtschaft vertritt. Und auf europäischer Ebene setzt sich die von der EU Kommission installierte „High Level Group“, die Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte erarbeiten soll, ausschließlich aus Bankern, Ex-Bankern oder Lobbyisten von Finanzunternehmen zusammen.

Nicht zuletzt haben auch die Medien als „vierte Gewalt“ versagt und ihren verantwortungsvollen Auftrag als Kontrollorgan politischer Entscheidungen nicht erfüllt. Jahrelang wurde Josef Ackermann von Finanz- und Wirtschaftsjournalisten für die Ziel einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent gefeiert. Das Versagen der Medien hat ebenfalls Systemcharakter. Unter ständig steigendem Renditeindruck, nur mit knappen Mitteln für unabhängige, tiefgehende Recherche ausgestattet, beziehen Medien ihre Suchkennnisse zunehmend aus der Industrie. Demokratie sind. Mangel großer Konzerne praktizieren eine Art laffentruftigen Kapitalismus, der die Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung auf den Kopf stellt. Sie nehmen für sich unternehmerische Freiheiten in Anspruch, um Gewinne zu erzielen. Dem unternehmerischen Risiko, für Verluste zu haften, entziehen sie sich jedoch erfolgreich. Dies wird sich erst dann ändern, wenn sich der Staat nicht mehr als Kooperationspartner der Finanzwirtschaft versteht. Und wenn er in Wahrnehmung seiner heftigsten Aufgaben auf die Interessen des Finanzmarktes der am Gemeinwohl ausgerichteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterordnet. ♣

http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentar/Finanzbranche:art141,2767023

Während die Tatherrschaft eindeutig bei den verantwortlichen Banken liegt, ist die Schuld durch die willfährige Unterstützung der Politik erklährt worden. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Es gibt eine internationale Bankenregel: Die Summe des verliehenen Geldes soll die Summe des verfügbaren Rückhalts der haftenden Eigenkapitals betragen. Diese Regel stand den Renditezielen der Banker entgegen. So betrug am Ende bei Banken die tatsächliche Relation von verliehenem Geld und dafür haftendem Eigenkapital nicht mehr acht zu eins, sondern 80 bis 100 zu eins. Der Rechtsmissbrauch liegt primär in diesem verantwortungslosen Umgang mit den geltenden Eigenkapitalregeln. Jochen Sanio, der oberste Finanzaufscher Deutschlands, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kritisierte, dass „geschickte Finanzingenieure die geltenden Regeln, mit denen Risiken begrenzt werden sollten, aushebeln konnten und dies auch getan haben“. Und zwar auch dann noch, als das Desaster sich schon abzeichnete.

Bereits im Juni 2006 hatten die Experten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der renommierten Notenbank- Zentrale in Basel, vor der „Anfälligkeit der Kreditlinien“. Anlegen drohter „unermutet hohe Verluste“ bei finanzierten damit den Kauf langfristiger Risikopapiere. Für die kurzfristigen Kredite bürgte vor der Konzern, diese müssten jedoch nicht in der Konzernbilanz erscheinen und deshalb auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden, weil ihre Laufzeit weniger als ein Jahr betrug. Allerdings verbesserten die Gewinne aus diesen Geschäften durch die dicken Beratungsgebühren, die der Mutterkonzern den Zweckgesellschaften zahlte, die Umgehungen. Die Finanzkrise ist auch das Ergebnis eines unfaßbaren Marktes, der den Kollaps des gesamten Finanzsystems nach sich zog. Erst seit 2008 sind diese kurzfristigen Kreditlinien nach dem internationalen Bankenabkommen Basel II bilanzierungspflichtig und müs-

sigen deshalb mit Eigenkapital abgesichert werden. Aber warum wurde diese Bilanzierungspflicht überhaupt beschlossen – lange, bevor von einer Krise die Rede war? Natürlich weil man die aus den Kredit- und Bilanzrisks resultierenden Risiken erkannt hat und in den Griff bekommen wollte. Im Klartext bedeutet das: Bankmanager haben also in vollem Bewusstsein des damit verbundenen, unzulässigen Risikos geltende Regeln bis zum Exzess ausgenutzt, obwohl deren Änderung schon beschlossen, nur noch nicht in Kraft getreten war.

Solange die Verantwortlichen für die Finanzkrise, nämlich vor allem die einzelnen beteiligten Bankmanager und ihre Aufsichtsräte sowie deren rechtsmischwinnliche Handlungen, nicht klar benannt werden, bleiben nicht nur Straftaten ungestraft und Geschädigte erhalten keinen Schadenersatz. Es wird sich auch das Unrechtsbewusstsein der Akteure in der Finanzbranche nicht ändern. Bisher scheinen doch die Banker zu glauben, dass sie irgendetwas davon kommen werden, künftig vielleicht etwas strikter kontrolliert werden, aber im Prinzip so weitermachen können wie bisher: Eine schonungslose gesellschaftliche Debatte über das Fehlverhalten dieser Branche muss daher die Basis dafür schaffen, dass sich das Desaster nicht wiederholt, sondern neue gesetzliche Regelungen auch greifen und nicht erneut ausgebeutet werden. Nur so lässt sich verhindern, dass diejenigen, die das Unheil angerichtet haben, als Ratgeber des Regierungshandels bestellt werden. Und nur so kann



# „Mitgefangen, mitgehangen“

## Thomas Tuma und Wolfgang Reuter

Alexander Dibelius, Deutschland-Chef von Goldman Sachs, über Schuld und Verantwortung seiner Branche, erste juristische Aufräumarbeiten und die Gefahr gesellschaftlicher Verwerfungen

**SPIEGEL: Herr Dibelius, weltweit gerierten sich Banker in den vergangenen Monaten als scham- und verantwortungslosse Gierhäuse. Fühlen Sie sich mit-schuldig?**

**Dibelius:** Ja, und der Debatte will ich mich auch stellen. Rückwirkend betrachtet sieht manches in unserer Branche gierig aus, selbstbezogen und realitätsfremd, als ginge die Gesellschaft drum herum sie gar nichts an. Und ich gebe zu: Es ist uns insgesamt nicht gelungen, mit den Erwartungen um-zugehen, die diese Gesellschaft an uns hat - als Individuum, als Institut, als Industrie. Manche Entscheidungen wurden in der Euphorie boomender Märkte getroffen. Im Nachhinein ist man immer klüger. Es ist da-her auch verständlich, dass manche dieser Entscheidungen nun gezeifelt werden. (…)

**SPIEGEL: Was hat so viele veranlasst, immer größere Räder zu drehen, wenn nicht Gier?**

**Dibelius:** Es fällt Menschen generell schwer, in Diskontinuitäten zu denken, also auch mal Einbrüche zu erwarten. Zweitens: Wenn ein Geschäft gut läuft, wird Zweifeln nie geküßelt. Das haben wir schon bei anderen Spekulationsblasen erlebt und es wäre falsch zu glauben, dass die sich künf-tig gänzlich ausschließen lassen.

**SPIEGEL: In früheren Zeiten haben ge-rade Banker noch langfristig gedacht. Dibelius:** Einverstanden. Früher war Versa-gen eher individuell, nun zeigt es sich kollektiv. Früher waren aber auch Wirtschaft, Informations- und Kapitalfluss nicht derart global vernetzt. So kam es gelegentlich zu heftigen Bränden, die aber lokal blieben. Andererseits bedeutete die Globalisierung für die gesamte Welt einen enormen Wohl-fahrtsgewinn. Das wird in der öffentlichen Debatte oft unterschlagen. Gerade Deutsch-land hat in großem Umfang davon profi-tiert. Alle Akteure müssen aber lernen, mit der neuen Qualität von Risiken umzugehen.

**SPIEGEL: Hat Ihre Branche kriminelle Energie?**
**Dibelius:** Nein, doch es gibt Einzelfälle wie Bernie Madoff, die aber lokal blieben. Dem Boden gedeihen können. Solange es allen gutging, hat niemand genauer hinge-schaut. Und ich gebe zu: Es sind zweifellos atemberaubende Einzelfälle.

**SPIEGEL: Es war ein Schneeballsystem. Und die besten Zocker waren jene, die rechtzeitig vor dem Kollaps ausgetiegen sind. Dibelius:** So ist Börse nun mal, da wird kein Glückchen geklingelt, bevor es in den Keller geht. Sie müssen immer Risi-koentscheidungen treffen. Nur wusste man zuletzt an vielen Stellen gar nicht, wo die Risiken lagen und wie sie aussahen.

**SPIEGEL: Es kommen moralische Fra-**

**gen dazu: Als Regierungen schon mit vielen Milliarden die Institute retten mussten, pochten Finanzprofis von AIG bis Dresdner Bank noch auf Auszahlung ihrer Boni.**

**Dibelius:** Auch da agieren nicht alle Banker gleich. Viele gehen mit dem Boni-Thema sehr verantwortungsvoll um. Ich verstehe aber die gesellschaftspolitische Entrüstung und habe für mich persönlich immer akzep-tiert, dass ich in schlechten Zeiten auch mit entsprechenden Einbußen leben muss.

**SPIEGEL: Georg Funke, Ex-Chef des Milliardengrabes Hypo Real Estate, will vor Gericht ausstehende Bezüge einklagen ...**

**Dibelius:** ... und ich sehe das ambivalent. Einerseits leben wir in einem Rechtsstaat, wo solche Ansprüche vor Gericht geklärt werden können und müssen. Andererseits muss auch der Einzelne zeigen, dass er eine gewisse Verantwortung akzeptiert, auch wenn er sich persönlich vielleicht nichts vorzuwerfen hat. Salopp gesagt gilt: Mitge-fangen, mitgehangen. Jetzt muss sich „kollektive Demut“ entwickeln!

**SPIEGEL: Es ist uns schwer zu vermit-teln, dass manche Banken - auch Ihre - gerade wieder Milliardengewinne schreiben, und auf der anderen Seite trudelt die Welt in eine so gewaltige Wirtschaftskrise.**

**Dibelius:** Goldman Sachs ist nicht der wei-ße Rabe. Aber unser Riskmanagement wäre immer gut aufgestellt. Deshalb mag unser Abschreibungsbedarf jetzt nicht so hoch sein, wie dies von einer Bank unserer Größenordnung zu erwarten wäre.

**SPIEGEL: Viele in Ihrer Branche schei-nen generell zu glauben, dass für die Riesenverluste der Staat einzuspringen hat, die Gewinne aber bei ihnen landen müssen.**

**Dibelius:** Es kann nicht sein, dass Ver-luste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden. Ich würde auch niemandem un-terstellen, dass er so ein Modell ernsthaft verteidigt. „Systemrelevanz“ mag das Un-wort des Jahres werden, doch es bleibt eine Tatsache, dass die Staatengemeinschaft gar nicht umhinkommt, einzelne Institute zu retten, wenn sie nicht das Ganze gefährden will.

**SPIEGEL: Im Oktober hat die US-Regie-rung auch Goldman Sachs mit zehn Milliarden Dollar gestiftet ...**
**Dibelius:** ... die wir quasi nehmen mussten. Ausnahmen waren gar nicht zugelassen, um dem Gesamtmarkt der Banken das Ver-trauen untereinander zurückzugeben. Dies war aber sicher eine Maßnahme, die eine weitere Destabilisierung verhindert hat.

**SPIEGEL: Na, na! Goldman Sachs hatte immerhin riesige Posten bei der wan-kenen AIG versichert. Ihre Investment-bank wäre doch glatt kollabiert ohne Staatshilfe.**

**Dibelius:** Es wäre arrogant zu behaupten, dass wir ohne sie überlebt hätten. Nur: Wir, als einzelnes Haus, hätten noch gute Reser-ven gehabt. Aber wenn ein Tsunami kommt, ertrinkt auch ein Ausnahmeschwimmer wie

Michael Phelps.

**SPIEGEL: Was ist daran gerecht, wenn nun Banken mit vielen Milliarden aus Steuergeldern gerettet werden müssen, während Millionen Menschen ihren Job verlieren?**

**Dibelius:** Den heftigsten Jobabbau erlebt momentan jene Branche, der Sie - zunächst zu Recht - die Hauptschuld an der Krise geben: das Finanzgewerbe. Aber auch ohne die krisenhaften Zuspitzungen dort hätte es früher oder später einen konjunkturellen Einbruch geben müssen. Konjunkturelle Entwicklungen waren schon immer zyklisch, die Finanzkrise führt allerdings zu einer dramatischen Verschärfung.

**SPIEGEL: Für den jetzigen Einbruch machen wir auf jeden Fall die Banken verantwortlich. Autoindustrie und alle anderen Sektoren müssen es nur ausba-dern.**

**Dibelius:** Das sehe ich nicht ganz so. Funda-mental gesehen hatten wir es auch mit einer Politik des billigen Geldes zu tun ...

**SPIEGEL: - das von den Banken dank-entlich genutzt, wenn nicht misbraucht wurde ...**

**Dibelius:** ... aber von ihnen nicht erfunden wurde. Das billige Geld war auch politisch gewollt, zunächst wollte man nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 der Wirtschaft Wachstumsimpulse geben. Darüber hinaus gab es aber auch politische Zielsetzungen, dass sich möglichst jeder Amerikaner ein Haus leisten sollte. Inso-fern war dies etwas Gewünschtes und auch fein, und es ging lange gut.

**SPIEGEL: An allem ist also die Politik in Washington schuld?**

**Dibelius:** Wie bei allen größeren Proble-men gibt es auch hier nicht nur den einen Schuldigen. Angesichts der Niedrigzins-politik und damit der Verringerung der Ri-sikoprämie ist die Finanzindustrie und ihr Instrumentenkoffer schneller gewachsen als der regulatorische Ordnungsrahmen und dessen Effektivität.

**SPIEGEL: Wie viele Jobs musste Ihre eigene Bank eigentlich abbauen?**
**Dibelius:** Übers gesamte Unternehmen sprechen wir weltweit von etwa 15 Prozent. In der Spitze hatten wir etwa 33 000 Mit-arbeiter, zurzeit sind es noch rund 28 000.

**SPIEGEL: Henry Paulson verabschiedete sich als Goldman-Sachs-Chef mit 500 Millionen Dollar. In seiner Amtszeit als US-Finanzminister hat er dann im ver-gangenen Jahr seinen alten Investment-bank-Konkurrenten Lehman Brothers in die Pleite geschickt. Trägt auch er Ver-antwortung?**
**Dibelius:** All diese Verschwörungstheori-en sind ebenso spannend wie falsch. Die schlimmsten davon versteigen sich sogar zu der Behauptung, hinter der ganzen Krise steckte letztlich Goldman Sachs. Paulson taugt nun wirklich nicht zur Blaupause von Hollywood-Klischees für einen Invest-mentbanker. Wer ihn kennt, weiß, dass er beispielsweise ein sehr engagierter Um-

welt- und Naturschützer ist, der frühzeitig in Wiederaufforstungsprojekte investierte und einen wesentlichen Teil seines Vermö-gens ...

**SPIEGEL: Ja, ja, aber wenn Paulson Lehman gerettet hätte, sähe die Welt-wirtschaft jetzt anders aus.**

**Dibelius:** Niemand konnte die Auswir-kungen dieser Entscheidung ahnen. Und selbst wenn man die Dynamik rechtzeitig erkannt und vermieden hätte, wäre die Bla-se wahrscheinlich woanders geplatzt, wo die Folgen noch weit verheerender gewe-sen wären. Denn bis in den Spätsommer hinein dachten doch viele, das sei alles nur ein Wall-Street-Problem. Dabei zeichneten sich die Risiken da schon in vielen Bilan-zen ab - auch in Deutschland.

**SPIEGEL: Das ist mal was Neues: die Lehman-Pleite als segensreiche Kathar-sis.**

**Dibelius:** Diese Pleite war ein schmerzhaf-ter Weckruf ...

**SPIEGEL: ... für den man Paulson noch dankbar sein soll? Dass wir nicht lachen!**
**Dibelius:** Ich behaupte schon, dass Lehman die Probleme auf einen Schlag allen klarge-macht hat. So hatten die Regierungen aber auch noch Gelegenheit zu reagieren, weil die globale Dimension der Bankenkrise plötzlich auch im öffentlichen Bewusstsein war.

**SPIEGEL: Auf dem Papier ist das einst so mythenumrankte Investmenthaus Goldman Sachs neuerdings eine stink-normale Geschäftsbank. Was hat das für Auswirkungen auf Ihre Arbeit?**

**Dibelius:** An unserem Geschäftsmodell hat sich bislang wenig verändert. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens: Warum sollten wir unsere Strategie ausgerechnet in einer Krisenphase mit all ihren langfristigen Un-sicherheiten umbauen?

**SPIEGEL: Weil die US-Regierung nun mehr Transparenz verlangt zum Bei-spiel.**

**Dibelius:** Die hat nun weit mehr Kontroll-möglichkeiten. Zweitens glauben wir, dass unser Geschäft auch in Zukunft beste Chan-cen hat. Auch wir sind nicht sicher, doch seit 1869 doch relativ erfolgreich. Generell gilt aber: Die Zeiten andauernder 25-pro-zentiger Nachsteuerrenditen in der Finanz-industrie sind vorbei.

**SPIEGEL: Das tolle an Investmentban-keru wie Ihnen ist, dass sie überall mit-verdienen können. Erst fädelten Sie die Fusion von Daimler und Chrysler ein, am Ende half Goldman Sachs bei der Zerschlagung. Dibelius:** Unterm Strich wage ich zu be-zweifeln, dass wir daran so viel Geld ver-dient haben. Und es ist doch klar, dass es mir lieber gewesen wäre, wenn diese Fu-sion erfolgreich gewesen wäre. Natürlich versuchen wir immer das Beste aus der jeweiligen Situation für unsere Klienten zu machen.

**SPIEGEL: Oder der Umbau von KarstadtQuelle zu Arcandor - echte**

**Festspiele für Ihre Bank. Und wofür? Nun steht das Unternehmen wieder am Abgrund.**

**Dibelius:** Über Klienten werden Sie von mir nichts hören. Aber wir haben nicht den Masterplan für die deutsche Wirtschaft im Schrank. Sie haben ein falsches Bild unse-rer Rolle, wir sind Dienstleister. Wenn wir gerufen werden, versuchen wir zu helfen. Unsere Rolle wird oft überschätzt; es sind unsere Klienten, die entscheiden.

**SPIEGEL: Ist die aktuelle Wirtschafts-krise nur ein Betriebsunfall oder Aus-druck eines systemischen Problems?**

**Dibelius:** Für einen Betriebsunfall ist sie schlicht zu groß. Es kamen mehrere Fehl-entwicklungen unglücklich zusammen. Aber erstmals hat die Staatengemeinschaft hier auch bewiesen, dass man gemeinsam Probleme lösen will.

**SPIEGEL: Manche Kulturkritiker me-neteln das Ende des Kapitalismus an die Wand.**

**Dibelius:** Ein typischer Reflex. So war es schon bei der Internet-Blase, auf die totale Hysterie folgte tiefe Depression. Und? Gute Geschäftsmodelle wie Ebay oder Google haben all das überlebt und tragen positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. So hoffe ich, dass auch die aktuelle Krise letzt-lich hilft, unser System zu verbessern, ein marktwirtschaftliches natürlich, denn alle andere hat sich in der Geschichte schon selbst ad absurdum geführt. Richtschnur müssen Freiheit und Verantwortung sein.

**SPIEGEL: In Frankreich nehmen neu-erdings aufgebrachte Belegschaften ihre Manager als Geiseln. Im angloamerika-nischen Raum erhalten Banker Mord-drohungen. Die Frage ist doch, wann so eine Wirtschaftskrise auch politisch ge-fährlich wird. Dibelius:** Wir müssen da alle aufpassen, dass sich niemand als Elite isoliert, sonst entstünden dramatische Spannungen in un-serer Gesellschaft.

**SPIEGEL: In den USA beginnt gerade eine intensive Suche nach den Schuldigen mit Anhörungen, Klagen und Pro-zessen. Wieso bleibt es in Deutschland bislang so merkwürdig still?**

**Dibelius:** Zum einen ist das US-Volksemp-finden viel mehr mit dem Geschehen an den Kapitalmärkten verboben als das deutsche.

**SPIEGEL: Sie meinen, weil Millionen von Amerikanern gerade spüren, dass ihre aktienbasierten Renten und Pensi-onen verbrennen.**

**Dibelius:** Genau. Da hat öffentliche Em-pörung über das Geschehen in der Finan-zindustrie einen viel strafferen Transmis-sionsriemen in die Politik und die Justiz. Außerdem neigen die Amerikaner zu Ex-tremen. Mal wird der Wirtschaft der rote Teppich ausgerollt, dann wieder werden Top-Manager in Handschellen aus ihren Villen geführt. Ähnliches haben wir infol-gere der Skandale bei Enron und Worldcom gesehen.

**SPIEGEL: Das erklärt die Situation in**

NEOPLEX

Ausgabe 04/Juni 2009

UMFRAGE

# Medien-zensur

**Gerhard Wisniewski 30.06.2008** (…)  
»Die USA haben 1,54 Milliarden US Dol-lar ausgegeben, um Image-Kampagnen im Ausland zu starten. Davon profitieren in erster Linie Medien. Bei welcher der folgenden Zeitungen/Magazine haben Sie den Eindruck, könnten davon einige Millionen angekommen sein?«  
»Schweiz Maga-zins« an seine Leser.

»Heraus kam ein erstaunliches Ergebnis«, so die Schweizer. »Von 300 Teilnehmern dieser Umfrage stimmten 54% (162 Stimmen) für das deutsche Nachrichten Magazin Der Spiegel als das Magazin, welches am ehesten Gel-der von der US-Administration erhalten haben könnte. Auf dem zweiten Platz dahinter mit 20% (59 Stimmen) das deutsche Boulevard-blatt Bild!« (…)

So sehr man dieses Ergebnis vielleicht nach-vollziehen kann: Hier wird mit einer ziemlich dünnen Achse ein ziemliches großes Rad ge-dreht. Denn 300 Teilnehmer sind natürlich nur eine sehr kleine Datenbasis, und repräsentativ in Bezug auf die Auswahl der Teilnehmer dürf-te die Umfrage schon gar nicht gewesen sein.

Auch Beweise für eine US-Finanzierung des Spiegel haben weder das Schweiz Maga-zin noch seine Leser zu bieten.

Das Gesamtresultat basiere »auf den Lese-Eindrücken«, die der Spiegel vermittele, so die Schweizer Redakteure. Der Weg, »den diese ehemalige linke Politpostille« seit dem Tod ihres Begründers Rudolf Augstein genommen habe, sei »geradezu atemberaubend«: »Nie gab es in der deutschen Medienlandschaft ei-nen grössere Wendehals-Akrobatik als beim Spiegel, was auch der Masse der Leserschaft aufgefallen zu sein scheint.«

»Ist das deutsche Nachrichtenmagazin DAS US-Propagandaaorgan auf europäischem Boden?«, fragen die Schweizer und spekulieren des weiteren über die Finanzen des Spiegel. 2007 habe dieser mit 57 Millionen Euro das beste Betriebsergebnis seiner Geschichte er-zielt, was das Hamburger Magazin mit einem Übergewicht der Verkauf- gegenüber den An-zeigerlösen begründet habe. Dann aber hätte der Spiegel 2007 20 Millionen Hefte mehr ver-kaufen müssen, so das Schweiz Magazin.

Verdächtig erscheint den Schweizern über-dies die wohlwollende Behandlung des Spie-gel durch das sogenannte »Edelman Trust Barometer« – zu deutsch etwa: Edelman’s Ver-trauens-Barometer, eine Art Rating-Agentur für Glaubwürdigkeit. Dessen amerikanischer Begründer und Herausgeber habe den Spie-gel zur »glaubwürdigsten Nachrichtenquelle« erklärt.

Nun, das ist freilich merkwürdig. Mögliche Erklärung: Auch das »Trust Barometer« grün-det sein Urteil auf Umfragen mit pro Land nur wenigen hundert Teilnehmern ... ▲

*Umfrage: Leser des »Schweiz Magazins« halten »Spiegel« für US-financier*

*Quelle: http://info.kopp-verlag.de/news/umfra-ge-leser-des-schweiz-magazins-halten-spiegel-fuer-us-financiert.html*

# Steuerrebellion anders herum: Reiche wollen mehr zahlen

*Dirk Hautkapp, 16.05.2009*

Berlin. Klingt wie ein Aprilscherz, ist es aber nicht. Eine Gruppe wohlhabender Unterneh-mer will etwa gegen die Steuerungsrichti-keit in Deutschland tun und fordert eine Auf-hebung der Steuern auf Vermögen. Ihr Vorschlag würde fast 40 Milliarden in die Staatskasse spülen. Seine Familie hat ein mittelständisches Chemie-Unternehmen im Südhessischen. (…)  
Der Unternehmensohn will etwas tun gegen die „Steuerungerechtigkeit in diesem Land“. Gemeinsam mit 20 anderen Vermögenden, darunter die Hamburger Industrie-Magnaten-Tochter Susann Hallermann, will er rechtzei-tig vor der Bundestagswahl den Parteien in Berlin und der Öffentlichkeit Sinn und Zweck eines publikumswirksamen Vorstoßes nahe

## FUNDSTÜCKE

## „Wir hätten manche Hinweise ernster nehmen müssen“

G20-Proteste: Friedlich und entschlos-sen In London wird kreativ protestiert, doch die Medien zeigen nur Gewalt. Es ist erstaunlich, wie stark die Bericht-erstellung von der Realität vor Ort abweicht.

## Deutsche Bahn: Mit Sonderan-geboten aus der Krise

Financial Times strebt nach Welther-schaftDie britische Tageszeitung fordert in einem Leitartikel die Errichtung eines globalen Regimes. Auch gegen den Mehrheitswillen der Menschen, wenn es sein muss.

Im diesem Sinne, lassen Sie sich nicht den Tag versauen. Ich gehe in meinen Garten und überlege mir was man sinnvollerweise anbauen kann, was im nächsten Winter essbar ist. Sollte alles anders kommen, haben ich mich zumindest gesund ernährt.

# Was tun? Es gibt Alternativen

09.05.2008

Der Wirtschaftsethiker Professor Peter Ulrich von der Universität St. Gallen hat mit seiner schon zitierten Auffassung recht, daß viele Menschen zwar intuitiv spürten, am neoliberalen Ökonomismus könne irgendetwas nicht stimmen, daß sie sich jedoch dem geschliffenen Jargon der ökonomischen Sachlichkeit argumentativ ohnmächtig ausgeliefert fühlten. Hier sind Gegenpositionen bitter notwendig. Die Gesellschaft muß wieder vor echten diskussionswürdigen Alternativen stehen, und es gibt sie.

(...) Die Politik und die Verbände ermuntern die Unternehmen dazu, die Löhne real unter Berücksichtigung der Inflation endlich wieder wachsen zu lassen, und zwar nicht nur dem Produktivitätsgewinn entsprechend sondern auch mit einem Nachholzuschlag für den Verlust der letzten fünf Jahre. Sie unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Kampf um einen gerechteren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen.

Das dadurch bedingte teilweise Abschmelzen der hohen deutschen Bilanzüberschüsse mit dem Ausland wird bewußt in Kauf genommen, da es mehrfach durch stärkeren deutschen Binnenkonsum bei mehr Massenkaufkraft kompensiert wird, und gleichzeitig wird die extreme Abhängigkeit von unsicheren Exportmärkten zurückgeführt.

Die Kampagne für längere Arbeitszeiten wird eingestellt, nicht zuletzt wegen der Situation am Arbeitsmarkt.

Um Jobverlagerung in Billigstandorte zu erschweren, wird die deutsche steuerliche Förderung von Auslandsinvestitionen sofort eingestellt. In der EU tritt Deutschland dafür ein, Investitionen in den Beitrittsländern, die der Jobverlagerung dienen, nicht mehr aus EU-Haushaltsmitteln zu fördern. Dies muß wegen der zu erwartenden Widerstände notfalls mit der Anknüpfung einer Reduktion der deutschen Nettozahlungen durchgesetzt werden.

Die Unternehmenssteuern werden nicht weiter gesenkt, um den Staat nicht noch ärmer zu machen.

Die Anhebung der Mehrwertsteuer wird verschoben, bis sich die deutschen Binnenkonjunktur dauerhaft erholt hat. Soweit der Staat für Sozialleistungen und Investitionen in Bildung und Infrastruktur mehr Geld braucht, muß der Spitzensatz der Einkommenssteuer wieder auf das Niveau der meisten vergleichbaren Länder angehoben werden.

Längerfristig von der Demographie her sonst unvermeidbare Engpässe in der Rentenfinanzierung werden über ein gerechteres Beitragssystem gemindert, bei dem der Produktivitätsfortschritt zur Finanzierung der Renten miteingeführt wird, d.h., entsprechend den Plänen in Frankreich bemessen sich die Arbeitgeberbeiträge dann nicht nur nach den gezahlten Löhnen und Gehältern sondern auch nach dem geschaffenen Mehrwert. Eine Verschiebung des Renteneintrittsalters muß in jedem Fall bis zu dauerhaften Lösungen für die Massenarbeitslosigkeit älterer Jahrgänge warten, sollte aber überhaupt vermeidbar sein.

Deutschland kehrt zu einer Bildungspolitik zurück, die gleiche Zugangschancen auch für Kinder weniger begüterter Familien garantiert, auch wenn das mehr Haushaltsmittel erfordert.

Deutsche Politiker machen nicht länger die Globalisierung für Auswirkungen verantwortlich, die sie selbst herbeigeführt oder an denen sie mitgewirkt haben.

Die ständige Gruselkampagne von Verlagerungsdrohungen, weiteren Reformen und Schrumpffrenten wird eingestellt.

Zur Absicherung gegen Sozialdumping über Billigimporte wird die ständige Erweiterung der Europäischen Union um Billigstandorte, z.B. Türkei, Ukraine und andere, für längere Zeit gestoppt.

Statt die Unternehmenssteuern weiter zu senken, was den Staat noch mehr die Mittel für seine Aufgaben nimmt, müssen die EU-Beitrittsländer, die mit Niedrigsteuern Jobverlagerung fördern, mit weniger Großzügigkeit Deutschlands bei Transferleistungen aus dem EU-Haushalt rechnen, bei dem Deutschland der bei weitem stärkste Nettozahler ist. Soweit sie auf ein normales

Steuerniveau verzichten können, brauchen sie offensichtlich keine Finanzunterstützung aus Brüssel.

Der Europäischen Zentralbank wird aufgegeben, neben der Geldwertstabilität auch die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen ihrer Geldpolitik zu berücksichtigen.

Deutschland hört auf, seine Europartner durch einen negativen Lohnstückkostentrend in die Ecke zu treiben und damit den Zusammenhalt der Eurozone zu gefährden.

Da viele der hier skizzierten und ähnlicher Schritte in der mehrheitlich neoliberal eingestimmten Europäischen Union nicht realisierbar wären, bemüht sich Deutschland mit Frankreich und anderen gleichgesonnenen Kernländern der Europäischen Union um den Aufbau einer engeren an der Eurozone orientierten Integration, mit der in einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitiken eng koordiniert werden. Die bisherige Europäische Union steht dazu in keiner Konkurrenz, zumal sie als Freihandelszone entsprechend den Vorstellungen der Briten und der meisten Beitrittsländer ohnehin durch die fortschreitende globale Liberalisierung der internationalen Märkte zunehmend entbehrlich gemacht wird, bzw. sich durch ihre Mitwirkung daran entbehrlich macht.

Ein neues Kerneuropa entwickelt ein Gegenmodell zum neoliberalen angelsächsischen Konzept, das auch für andere Länder auf dem Globus mit seinem human- und umweltverträglichen Inhalt der Zukunftssicherung interessant ist.

## Neue Spielregeln braucht die Weltwirtschaft

Mit dem Ziel der Gewinnung ausreichender Zeiträume für eine Anpassung an den Globalisierungsdruck wird verstärkt von dem vorhandenen legitimen Abwehrinstrumentarium gegen Dumping der WTO Gebrauch gemacht. Die alten Industrieländer fordern eine Sozialklausel in der WTO. China wird nicht als Marktwirtschaft anerkannt, solange dort Streiks verboten bleiben, keine echte gewerkschaftliche Gegenmacht besteht und der Staat in die Steuerung der Aussenwirtschaftsbeziehungen manipulierend eingreift, so daß bei China weiter die Abwehrmaßnahmen gegen das schlimmste Sozialdumping möglich bleiben.

Gegen Hedge Fonds und andere sehr kurzfristig operierende Investoren wird wie in Frankreich und skandinavischen Ländern die Möglichkeit des Mehrfachstimmrechts für Aktionäre, die ihre Anteile langfristig halten, eingeführt. Steuerliche Privilegien für Fonds, nämlich keine Versteuerung der Veräußerungsgewinne selbst bei einer Anlagedauer von weniger als 12 Monate, werden wieder abgeschafft.

Um die ausufernde und das globale Gleichgewicht gefährdende internationale Spekulation abzumildern, führt die EU entsprechend dem Vorschlag des Nobelpreisträgers James Tobin eine Steuer auf internationale Devisenbewegungen ein. Sie kann sehr gering bemessen sein (z.B. 0,1 %), um normale Transaktionen nicht zu behindern, trifft aber die Megavolumina an täglich immer wieder spekulativ um den Globus vagabundierenden Transfers. Das erwartete Ergebnis von 100 bis 300 Mrd US\$ pro Jahr wird in einem internationalen Fonds zur Reparatur von Globalisierungsschäden eingesetzt, wie Schäden der ärmsten Entwicklungsländer oder globale Folgen der Treibhauseffekte. Dieser Katalog enthält zugegeben nicht nur leichter Umsetzbares. Er will vor allem zeigen, daß es Alternativen gibt, auch wenn einige derzeit noch nicht konsensfähig sind und weiterer Überzeugungsarbeit bedürfen. Da wir aber eher noch am Anfang der großen neoliberalen Welle stehen, wird die Überzeugung nicht zuletzt aus der zunehmenden Wahrnehmung wachsender sozialer Ungerechtigkeiten und anderer gravierender Schäden dieses Prozesses kommen. ▲

<http://www.jjahnke.net/wastun.html>

## FUNDSTÜCK

Jeder, der minimale Ahnung von Medien hat, weiß, dass alle Medien codieren und perspektivisch verkürzen müssen.

# Verbriefungen aus Sicht des Bundesfinanzministeriums

Jörg Asmussen, Ministerialdirektor, Bundesministerium der Finanzen, 26.9.2006

(...) Allmählich scheinen aber auch in Deutschland die gemeinsamen Bemühungen der Politik und der Kreditwirtschaft die erwarteten Früchte zu tragen. (...) Von den Promise- und Provide-Programmen bis zur True-Sale-Initiative (TSI):

Die staatseigene KfW, über die das BMF die Aufsicht führt, hat mit den Banken das wohl größte Verbriefungsprogramm (58 Transaktionen) in Europa geschaffen. Neben der unmittelbaren Wirkung jeder einzelnen Verbriefung auf eine erhöhte Kreditvergabe wurde damit ein Markt geschaffen, der heute die Basis für die Verbriefung sowohl in Form eines tatsächlichen Verkaufs von Forderungen (True Sale) als auch von „anspruchsvolleren“ Krediten (zum Beispiel Genussrechte von Mittelständlern) bildet.

(...) Im Frühsommer 2003 wurde die Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) beauftragt, ein Gutachten über die „Optimalen staatlichen Rahmenbedingungen für einen Kreditrisikomarkt/Verbriefungsmarkt für Kreditforderungen und -risiken in Deutschland“ zu erstellen. Das Gutachten wurde im Spätherbst 2003

der Öffentlichkeit vorgestellt und enthielt einen Katalog von konkreten Empfehlungen und Lösungsvorschläge zur Förderung des deutschen Verbriefungsmarktes. (...) – Die Investition in ABS zu erleichtern – ein Thema was insbesondere die Versicherungen, Sozialversicherungsträger und Fonds betrifft, die durch zahlreiche staatliche Regulierungen bei ihrem ABS-Investment beschränkt werden.

Die Umsetzung dieser umfassenden Agenda ist natürlich noch im Fluss, jedoch ist sich das BMF ihrer Bedeutung durchaus bewusst. (...) Die Bundesregierung strebt mit der Modernisierung des Public-Private-Partnership-Rechts an, zukünftig den Kapitalmarkt stärker als bisher zur Finanzierung der dringend notwendigen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu nutzen.

Das BMF verändert – soweit erforderlich und machbar – die Rahmenbedingungen für den deutschen Verbriefungsmarkt Stück für Stück. Wir beobachten die Märkte intensiv, stehen im engen Dialog mit den Marktakteuren, registrieren Veränderungen und justieren, wenn notwendig, um die Weichen für die bestmögliche Marktentwicklung frühzeitig zu stellen. ▲

*Kreditwesen 19/2006 S. 10-12*

# Die Mär von der Gier

Nils Goldschmidt, 16.04.2009

Moderne, marktliche Systeme folgen dem Prinzip der Gewinnerzielung und Gewinnsteigerung. Das moralische Verhalten des Einzelnen, so honorig es im konkreten Fall ist, kann die Logik des Systems nicht aufhalten.

Der Anlageberater der Bank, der seinen Kunden in Zeiten des Booms nur fünf Prozent für den Investmentfonds bietet, während die Nachbarbank 20 Prozent verspricht, wird nicht lange seinen Job behalten.

Anders gesagt: Selbst wenn man spürt, dass etwas schief läuft, kann man aus dem System, so lange es funktioniert, nicht aussteigen – es sei denn für den Preis, das man selbst aus dem System verschwindet.

Wenn Josef Ackermann nun öffentlich mehr Demut der Manager fordert, ist das keineswegs einer moralischen Einsicht geschuldet, sondern erneut der Logik des

Marktes: Reue von Bankern ist momentan das beste Verkaufsargument. ▲

[http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/doku\\_und\\_debatte/1723046\\_Volkswirt-Nils-Goldschmidt-Die-Maer-von-der-Gier.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/doku_und_debatte/1723046_Volkswirt-Nils-Goldschmidt-Die-Maer-von-der-Gier.html)

## Kreditkartenkrise: Die nächste Katastrophe bahnt sich an

# Hartz IV Empfänger sollen Organe spenden

23.05.07

Der Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Bayreuth, Peter Oberender, fordert die Freigabe des Organhandels

Nicht das es schon längst eine „Zweiklassen“ Medizin gibt, in der besser gestellte bessere medizinische Versorgung erhalten. Nein, nun sollen auch noch Hartz IV Empfänger dazu animiert werden, ihre Organe gegen Geld „zu spenden“. Das meint jedenfalls der Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Bayreuth, Peter Oberender. In einem Interview mit dem Radiosender „Deutschland Radio Kultur“ sagte Prof. Oberender: „Wenn jemand existenziell

bedroht ist, weil er nicht genug Geld hat, um den Lebensunterhalt seiner Familie zu finanzieren, muss er meiner Meinung nach die Möglichkeit zu einem geregelten Verkauf von Organen haben.“

Grundsätzlich spricht sich Oberender für eine Vermarktung von Organen aus. In Indien und anderen 3. Welt-Ländern gebe es schon einen „grauen Markt“, doch die Organe würden zu 80 Prozent absterben (...) ▲

<http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenerheber/tzvi/0344e199390a69b16.php>

# Die Schwelle zur Gewalt sinkt

Klaus Dörre, Soziologe an der Uni Jena, 23.04.2009

(...) Es liegt nahe, die Krise zu personalisieren. Schon jetzt gibt es Blitzableiter der Nation, Figuren wie den Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann. Doch die Art des Protests wird sich wandeln. Bislang rufen die Demonstranten noch „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Das ist abstrakt und weit weg. Es gibt noch keine besseren Begriffe, um diese Krise zu fassen. Aber es wird sie bald geben. (...) Das ist ein altes bundesrepublikanisches Reaktionsmuster: versöhnen statt spalten. Der Kitt aber wird nicht ewig halten. Wenn der materielle Wohlstand knapp wird, werden wir härtere Verteilungskämpfe erleben. Die Mittelschicht wird versuchen, sich nach unten abzugrenzen, um ihre Pfründe zu wahren. Das werden die Abgehängten der Gesellschaft jedoch nicht mehr hinnehmen.

Wenn Ohnmachtserfahrungen zunehmen, sinkt auch die Schwelle für Gewalt. (...) Wenn man sich etwa in Arbeitsloseninitiativen umhört, stößt man seit längerem auf eine explosive Stimmung. Dort gibt es Menschen, die glauben, es bedürfe einer neuen RAF, um sich endlich Gehör zu verschaffen. (...) Wir erleben doch schon seit Jahren eine Entsolidarisierung mit der sogenannten Unterschicht. (...) Nehmen Sie die Regulierung der Finanzmärkte: Die G 20 beraten mittlerweile über Forderungen, die aus dem globalisierungskritischen Lager kommen. Das scheint ein Wesen des zeitgenössischen Kapitalismus zu sein: dass er sich beständig durch seine Kritik revitalisiert. ▲

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Wirtschaftskrise-Proteste;art271,2780788,1>

# Pentagon hat globale Propagandamaschine aufgebaut

07.02.2009

Nachrichtenagentur Associated Press (AP) Tom Curley erklärte aktuell, dass die Bush-Regierung mit ihrem Militärapparat eine globale Propagandamaschine etabliert habe mit einem Budget von 4,7 Milliarden \$ und 27.000 Mitarbeitern. Seine Agentur sei von hohen Militärs bedroht worden: man würde AP vernichten, wenn man dort an den journalistischen Grundsätzen festhalten würde. Journalisten, die versuchten, wahrheitsgemäß über Irak und Afghanistan zu berichten, seien schweren Repressionen unterworfen worden.

Eine Untersuchung der Nachrichtenagentur hatte kürzlich ergeben, dass allein vom Pentagon 4, 7 Milliarden Dollar ausgegeben werden zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Hiermit sind nach der Untersuchung 27.000 Mitarbeiter befasst.

Curley erklärte, es sei schwierig zu ermitteln, was der Propagandaapparat des Pentagons mit seinen ungeheuren Mitteln betreibe. Viele der Budget-Positionen seien als geheim klassifiziert und deren Auftrag entsprechend unbekannt.

Er stellte die Frage, ob man es nötig habe, Webseiten im Propagandaauftrag zu betreiben, die erschienen, als seien sie die Homepages unabhängiger Organisationen, ob man Propaganda-Artikel in ausländischen Zeitungen platzieren müsse. ▲

<http://medienwatch.wordpress.com/category/ap-chef-pentagon-hat-globale-propagandamaschine-aufgebaut/>

# Deutschland „down and out“?

09.06.09

Der Wirtschaftskommentator der internationalen Ausgabe der Financial Times Wolfgang Münchau meint heute, das auf Exportüberschüsse setzende deutsche Wirtschaftsmodell sei definitiv gescheitert. (...) „If my predictions prove correct, Germany will be down and out for a long time with a huge and still unresolved banking crisis, an overshooting exchange rate and lower net exports, presided over by politicians who panic about domestic inflation. This will not end well.“ (...) Nun sind die Auslandsaufträge gegenüber Juni 2007 - unmittelbar vor Ausbruch der Krise - bereits um

gespenstische 42 % abgestürzt und noch immer ist keine Erholung in Sicht (Abb. 14686). Der Export stürzte im April um 29 % gegenüber Vorjahr ab (Abb. 14631). Man möchte gar nicht ausrechnen, was das an zusätzlicher Arbeitslosigkeit bedeuten würde, wenn nicht endlich durch eine sozialere Einkommensverteilung die Binnenkonjunktur angeschoben wird. Doch die Bundesregierung lehnt das - bis auf die unsinnige Abwrackprämie - ausdrücklich ab und setzt weiter auf Export. ▲

<http://www.jjahnke.net/rundr56.html#out>

## FUNDSTÜCKE

Noch ist es still in Deutschland. So still wird es nicht bleiben.

„So etwas kann man der Öffentlichkeit schlecht verkaufen.“